

## Außenpolitik und Menschenrechte

Yogyakarta-Prinzipien müssen Grundgedanke werden

VON KLAUS JETZ

Die Bundesregierung will sich in den „auswärtigen Beziehungen gegen jegliche Benachteiligung aufgrund von Religion, ethnischer Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung“ wenden. Von der Glaubwürdigkeit Deutschlands ist im Koalitionsvertrag die Rede.

Das sind starke und löbliche Worte. Wir hätten uns darüber hinaus einen starken Satz gewünscht wie diesen: „Die Koalition setzt sich für die weltweite Entkriminalisierung von Homosexualität ein. Deshalb werden wir die Yogyakarta-Prinzipien zur Grundlage unserer Menschenrechtspolitik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (LGBTI) machen.“

Die Yogyakarta-Prinzipien sind ein Katalog von Empfehlungen an alle Staaten in Bezug auf den Menschenrechtsschutz von sexuellen Minderheiten. Sie formulieren erstmals systematisch Anforderungen, die die bestehenden und völkerrechtlich bindenden Menschenrechtsstandards in Bezug auf LGBTI durchdeklinieren. Es geht um weltweite Entkriminalisierung, aber auch um gleiche Rechte für LGBTI. Als Interpretation und Ergänzung bestehender Menschenrechtsstandards und Schutzmechanismen sind sie von grundsätzlicher politischer und juristischer Bedeutung.

### Erwartungen an die deutsche auswärtige Politik

Argentinien und Uruguay sowie die Niederlande, die nordischen Staaten, die Schweiz und Tschechien haben sich die Empfehlungen bereits zu Eigen gemacht, sie setzen sich nachdrücklich für die weltweite Anerkennung der Yogyakarta-Prinzipien ein. Das wünschen wir uns auch von der neuen Bundesregierung. Sie sollte die Yogyakarta-Prinzipien zur Grundlage ihrer Politik für LGBTI machen, die Empfehlungen im Inland umsetzen, sie auf internationaler Ebene befördern, in der Außen- und Entwicklungspolitik, der auswärtigen Kulturpolitik, in bilateralen Gesprächen, auf EU- und UN-Ebene sowie im Europarat.

Im Koalitionsvertrag heißt es auch, die Freiheit von Diskriminierung sei ein unveräußerliches Prinzip der Menschenrechtspolitik. Es ist schon ein Kreuz mit der Antidiskriminierungspolitik in

Deutschland. Konservative und Marktliberale wittern staatliche Bevormundung, Regulierungswut, Investitionsbremsen, Kostenlawinen und Klagewellen. Deshalb wollen die Koalitionäre „den ungeeigneten Entwurf der Europäischen Kommission zur 5. Antidiskriminierungsrichtlinie“ ablehnen. Ein echtes Bekenntnis zu einem aktiven Einsatz „gegen alle Formen von Diskriminierung“ hört sich anders an. Es kann nicht angehen, dass die Bundesregierung gegen den Richtlinienvorschlag ein Veto einlegt und so dafür sorgt, dass Lesben und Schwule z.B. in Polen, Rumänien oder Lettland

wicklungszusammenarbeit sowie Unternehmen und Wirtschaftsverbände sind gefragt, wenn diese enttabuisierend wirken und werben sollen. Die deutschen Botschaften müssen Menschenrechtsverteidigern unter die Arme greifen, das Thema sexuelle Minderheiten und Menschenrechte muss im entwicklungspolitischen Diskurs verankert werden.

### Nachhaltiger Demokratieaufbau

Zudem brauchen die mutigen und engagierten LGBTI-Aktivistinnen in aller Welt Unterstützung. Sie leisten einen wertvollen Beitrag zu Entwicklung und Demokratieaufbau, der durch Kooperationen und Projekte nachhaltig gefördert werden muss. Dabei sollten gerade auch private Initiativen unterstützt werden, denn nicht alles kann dem Staat überlassen werden.

Der sieht sich hin und wieder den Zwängen der Diplomatie ausgesetzt, private Initiativen aber sind davon frei. Eine staatliche Unterstützung zivilgesellschaftlicher Menschenrechtsarbeit macht also Sinn.

Die auswärtige Politik und ihre Akteure sollten die Rechte von LGBTI im Dialog mit ihren Partnern offen und selbstverständlich ansprechen. Sie sollten klarstellen, dass die Menschenrechte für alle



HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG

weiter Rechte vorenthalten werden, die Lesben und Schwule in Deutschland längst haben.

Aufgrund der wirtschaftlichen Beziehungen zu vielen Verfolgerstaaten sollten auch die deutsche Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit in Gesprächen und Kooperationen die Menschenrechte von sexuellen Minderheiten thematisieren. Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit für die Organisationen der Ent-

„Homosexualität. Akzeptiert, verdrängt, verboten“ war das Schwerpunktthema der Oktober-Ausgabe von Welt-Sichten, der deutschsprachigen entwicklungspolitischen Zeitschrift schlechthin. Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung war in die Heftvorbereitungen eingebunden. Wir versuchen, das Thema LGBT und Menschenrechte im entwicklungspolitischen Diskurs stärker zu verankern. Auch in dieser Hinsicht war das spannende Heft ein großer Erfolg.

Bestellungen unter 069-580 98 138 oder unter [www.welt-sichten.org](http://www.welt-sichten.org)



gelten, die „gleich an Würde und Rechten geboren“ sind, dass die sexuelle Selbstbestimmung kein spezielles Recht, sondern ein unveräußerliches Menschenrecht ist, das uns qua Geburt zusteht. Gerade Deutschland hat bei diesem Thema aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung, die eindrücklich und überzeugend vermittelt werden kann, etwa durch einen Besuch mit Kooperationspartnern am Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen in Berlin.

## Lackmustest für ein Gemeinwesen

Der Umgang mit den Menschenrechten von sexuellen Minderheiten ist ein Lackmustest für den

Freiheits- und Reifegrad eines Gemeinwesens. In der Frage der Achtung der Menschenrechte darf es keinerlei Hierarchisierungen geben. Der eine genießt nicht größeren Schutz als der andere, er hat auch nicht mehr Menschenrechte als sein Mitmensch. Dies klarzustellen und im Dialog offen und ehrlich zu vertreten ist und bleibt eine der Hauptaufgaben der deutschen auswärtigen Politik.



**Klaus Jetz**  
Geschäftsführer des LSVD



# Stimmen der Partnerorganisationen

## Erwartungen an den deutschen Außenminister



**Andriy Maymulakhin, Nash Mir, Kiev, Ukraine**

*Wir würden uns freuen, wenn Herr Westerwelle zusammen mit seinem Partner die Ukraine besuchen würde, wenn er im Gespräch mit seinem Amtskollegen auch das Thema LGBT-Rechte in der Ukraine ansprechen würde. Wenn er kommt, könnte er sich mit ukrainischen LGBT-Aktiven treffen. Das wäre für uns eine große Hilfe und würde die Aufmerksamkeit auf unsere Probleme lenken.*

**Linda Freimane, Mozaika, Riga, Lettland**

*Von dem deutschen Außenminister erwarte ich, dass er seine Kollegen in aller Welt daran erinnert: Menschenrechte und LGBT-Rechte sind universell und keine innere Angelegenheit eines Staates. Zudem wird er hoffentlich nicht vergessen, dass Nationen wohlhabender und erfolgreicher sind, wenn sie die Freiheitsrechte und Privatsphäre eines jeden Einzelnen unterstützen und achten.*



**Arsham Parsi, Iranian Railroad for Queer Refugees IRQR, Toronto, Kanada**

*IRQR bittet das deutsche Außenministerium in der UN darauf hinzuweisen, dass der Iran die Menschenrechte von LGBT verletzt. Bitte tun Sie alles, was in Ihrer Macht steht, um das internationale Bewusstsein über diese unmenschlichen Verbrechen zu stärken. Tragen Sie dazu bei, dass Homosexualität entkriminalisiert wird und die Hinrichtungen von LGBT im Iran aufhören. Wir bitten Sie, zusammen mit den anderen europäischen Nationen LGBT-Flüchtlingen aus dem Iran Unterstützung zu gewähren. Deutschlands Aufnahmepolitik von LGBT-Flüchtlingen aus dem Iran kann noch bedeutend verbessert werden.*

**Renato Sabbadini, ILGA Co-Generalsekretär, Brüssel**



*Ich erhoffe mir, dass die deutsche Regierung auch weiterhin die Verteidigung der Menschenrechte von LGBTI in aller Welt voranbringen wird.*